



Landesbehindertenbeirat Brandenburg

LBB c/o Store Anything, Babelsberger Str. 16, 14473 Potsdam

Ministerium des Innern und für Kommunales
Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13
14467 Potsdam

Potsdam, 11.09.2024

Gesetzentwurf für ein 3. Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - BbgBKG)

Gesch.Z.: 03-34-476-11/2022-001/001

Sehr geehrter Herr Bertram,

der Landesbehindertenbeirat Brandenburg (LBB) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Zu den im o.g. Entwurf enthaltenen Änderungen des BbgBKG sehen wir keinen Anlass, uns zu äußern. Der LBB schlägt jedoch folgende Ergänzungen von § 6 Abs. 1 BbgBKG vor:

Menschen mit Behinderungen können sich bei einer Katastrophe teilweise nur schwer selbst in Sicherheit bringen und sind gegenüber Menschen ohne Beeinträchtigung im Nachteil. Deshalb bedarf es eines inklusiven Katastrophenschutzes, um wirklich alle Menschen gleichermaßen zu schützen. Dies ist auch in § 11 der UN-BRK verankert.

Drei konkrete Maßnahmen müssen nach Auffassung des LBB ergriffen werden, um die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen festzustellen und im Brand- und Katastrophenfall wirksam berücksichtigt werden zu können:

1. aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Gestaltung des Brand- und Katastrophenschutzes,
2. barrierefreie Kommunikation im Katastrophenfall
3. umfassende und geeignete Aufklärung von Menschen mit Behinderungen.

In Brandenburg fehlt es an einer speziellen gesetzlichen Verankerung noch. Dieses Defizit wird auch in den Abschließenden Bemerkungen des 2./3. Staatenberichtes der UN über Deutschland moniert. Im Fokus stehen dabei mangelnde Konsultation und Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen. Die Umsetzung der UN-BRK in diesem Zusammenhang ist nach Überzeugung des LBB konkret erreichbar durch seine Aufnahme in den Landesbeirat für Brand- und Katastrophenschutz (§ 6 Abs. 1

Impressum

Sozialverband Deutschland Landesverband Berlin-Brandenburg e.V., vertreten durch die Landesvorsitzende Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende Landesvorsitzende Joachim Krüger und Monika Paulat, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, Tel: +49302639380, Fax +493026393829, E-Mail: contact@sovd-bbg.de, Amtsgericht Charlottenburg VR 29505 B

BbgBKG). Der LBB würde die Interessen der Menschen mit Behinderungen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes vertreten und die unterschiedlichen Arten von Behinderungen sowie daraus resultierende unterschiedliche Bedarfe einbringen können. Gewährleistet ist dies durch die Vielzahl der im LBB vertretenen Verbände und Organisationen.

Dem LBB ist bewusst, dass die Intention des Gesetzentwurfes eine Verkleinerung des Landesbeirats für Brand- und Katastrophenschutz ist. Gleichwohl halten wir es aus den genannten Gründen für erforderlich, den LBB als beratendes Mitglied aufzunehmen.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung (lbb.referat@sovd-bbg.de).

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Monika Paulat', with a stylized flourish above the name.

Monika Paulat
LBB-Vorsitzende

Impressum

Sozialverband Deutschland Landesverband Berlin-Brandenburg e.V., vertreten durch die Landesvorsitzende Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende Landesvorsitzende Joachim Krüger und Monika Paulat, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, Tel: +49302639380, Fax +493026393829, E-Mail: contact@sovd-bbg.de, Amtsgericht Charlottenburg VR 29505 B